

Massifizierung, Ideologie und Sinnverlust

Category: Blog

geschrieben von Aus fremder Feder | 14. April 2026



Diese Diagnose beschränkt sich keineswegs auf den deutschsprachigen Raum. Jüngere Beiträge, die von Lawrence Krauss in *The War on Science* (2025) herausgegeben wurden, weisen auf ähnliche Entwicklungen in zahlreichen Hochschulsystemen hin: eine zunehmende Politisierung der Forschungsagenden, eine Erosion wissenschaftlicher Qualitätsmaßstäbe sowie eine wachsende Vermischung von Wissensproduktion und normativem Aktivismus. Diese Befunde legen nahe, dass die gegenwärtige Krise der Universität auf tiefere strukturelle Mechanismen zurückzuführen ist und nicht lediglich auf lokale oder kurzfristige Verwerfungen.

Der vorliegende Beitrag bietet eine strukturierte Analyse dieser Entwicklung. Er gliedert sich in vier Teile: zunächst die strukturellen Veränderungen infolge der

Massifizierung des Hochschulsystems; sodann die Entstehung eines impliziten "stillen Pakts" zwischen Professoren und Studenten; anschließend die schrittweise Erosion des Prinzips der Wertfreiheit in Lehre und Forschung; und schließlich die paradoxe Rolle der Verbeamtung von Professoren bei der ideologischen Verfestigung bestimmter akademischer Felder.

Von der Elite zur Massifizierung: der Wandel der Universität

Die moderne Universität ist nicht unter dem Druck einer plötzlichen Krise zusammengebrochen. Vielmehr hat sie sich im Laufe der Jahrzehnte schrittweise verändert. Historisch war die Universität eine elitäre Institution, die nur einer kleinen Minderheit offenstand. Der Zugang war selektiv, die akademischen Anforderungen hoch, und das Studium war häufig von intellektueller Strenge geprägt. Diese Selektivität, die im Namen der „sozialen Gerechtigkeit“ kritisiert wurde, besaß zugleich eine gewisse innere Kohärenz: Die Universität war ein Ort anspruchsvoller Wissensvermittlung und der Ausbildung intellektueller und administrativer Eliten.



Karl-Friedrich Israel, der Autor dieses Beitrages, ist gegenwärtig Professor für Volkswirtschaftslehre an der Université Catholique de l'Ouest in Angers, Frankreich, und vertritt den Lehrstuhl für Nationalökonomie, insb. Wirtschaftspolitik, an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken seit 2022.

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte jedoch eine neue Dynamik ein: die Massifizierung des Hochschulsystems. Getragen vom wirtschaftlichen Wachstum, den Studentenbewegungen der 1960er Jahre und der steigenden Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften entwickelte sich die Universität von einem exklusiven Raum zu einer Masseninstitution. Der erweiterte Zugang förderte soziale Mobilität und eine größere Vielfalt der Studenten, brachte jedoch auch tiefgreifende Spannungen mit sich.

Zum einen mussten die Universitäten einen starken Anstieg der Studentenzahlen bewältigen, was zu einer zunehmenden Standardisierung der Lehre führte. Das Modell des persönlichen Betreuungsverhältnisses zwischen Professoren und Studenten trat in den Hintergrund und wurde durch große Vorlesungen, administrative Steuerung und systematische Evaluationsverfahren ersetzt. Die Lehre wurde zu einer Dienstleistung unter anderen, eingebettet in Verfahren, Leistungsindikatoren und Qualitätssicherungsmechanismen.

Zum anderen verschärfte die Massifizierung die Spannung zwischen Lehre und Forschung. Universitätsangehörige, die zunehmendem Publikationsdruck ausgesetzt sind, betrachten die Lehre häufig als Belastung und nicht mehr als zentrale Aufgabe. Auch die Rolle der Studenten hat sich gewandelt: Aus Mitgliedern einer Wissensgemeinschaft sind vielfach Kunden eines Systems geworden, in dem der Abschluss eher als Anspruch denn als Leistung erscheint.

Studienprogramme wurden vereinheitlicht, kontroverse Diskussionen eher vermieden, und die Universität hat sich teilweise von einem Ort der Auseinandersetzung zu einem Raum der Bestätigung dominanter Deutungsmuster entwickelt.

Parallel dazu hat die zunehmende Spezialisierung des Wissens, begünstigt durch Karriereanreize, Finanzierungslogiken und institutionelle Anerkennungsmechanismen, zur Fragmentierung der Universität beigetragen. Der interdisziplinäre Austausch ist seltener geworden, Forschungsfelder haben sich voneinander abgeschottet, und die Ausbildung der Studenten reduziert sich bisweilen auf eine Aneinanderreihung technischer Kompetenzen ohne übergreifenden Zusammenhang.

Schließlich hat diese Entwicklung nicht die erhoffte intellektuelle Offenheit hervorgebracht. In vielen Institutionen haben steigende Studentenzahlen und eine stärkere administrative Steuerung zu einem gewissen intellektuellen Konformismus geführt. Studienprogramme wurden vereinheitlicht, kontroverse Diskussionen eher vermieden, und die Universität hat sich teilweise von einem Ort der Auseinandersetzung zu einem Raum der Bestätigung dominanter Deutungsmuster entwickelt.

Die sogenannte "Sokal-Affäre" veranschaulicht diese Entwicklung auf besonders prägnante Weise. Als Alan Sokal 1996 einen bewusst sinnfreien Artikel in einer geisteswissenschaftlichen Fachzeitschrift veröffentlichte, zeigte er, wie weit die Abkehr von wissenschaftlicher Strenge zugunsten diskursiver Konformität gehen kann. Auch wenn dieser Fall nicht repräsentativ für die gesamte akademische Welt ist, wirkte er doch als aufschlussreicher Hinweis darauf, welche Fehlentwicklungen auftreten können, wenn die Kriterien wissenschaftlicher Qualität nicht mehr primär auf Kohärenz und methodischer Stringenz beruhen.



Der US-amerikanische Physikprofessor Alan David Sokal wurde durch seine Kritik postmoderner und poststrukturalistischer Strömungen in der Wissenschaftstheorie und Epistemologie bekannt. (Bild: Guillermo Navarro)

Die gegenwärtige Krise der Universität lässt sich daher nicht verstehen, ohne diese strukturelle Transformation zu berücksichtigen. Der Versuch, eine breite akademische Ausbildung mit den Ansprüchen einer elitären Bildung zu verbinden, ist an tief verankerten institutionellen, kulturellen und menschlichen Grenzen gestoßen. Es geht dabei nicht darum, die Ausweitung des Zugangs zum Wissen zu kritisieren, sondern darum zu erkennen, dass sie den Sinn der Universität selbst verändert hat: von einem Ort der Exzellenz und des intellektuellen Streits hin zu einer Institution der Verwaltung, Zertifizierung und Diplomerzeugung.

Der stille Pakt: Nachsicht, Demobilisierung und Bedeutungsverlust

Im Zentrum der gegenwärtigen Krise steht ein "stiller Pakt" - eine implizite Übereinkunft zwischen Professoren und Studenten. Die einen ziehen sich auf ihre Forschungsinteressen zurück, die oft stark spezialisiert und von den konkreten Anforderungen der Lehre abgekoppelt sind. Sie publizieren in Fachzeitschriften mit begrenzter Reichweite, innerhalb enger akademischer Zirkel. Im Gegenzug - und als implizite Gegenleistung - erwarten sie wenig von ihren Studenten. Diese wiederum streben nicht in erster Linie nach einer vertieften Bildung, sondern nach einem Abschluss. Solange die Anforderungen überschaubar bleiben und der Abschluss verliehen wird, funktioniert das System für beide Seiten zufriedenstellend.

Auf diese Weise wird die Universität zunehmend zu einer transaktionalen Institution. Der Abschluss erscheint als Anspruch und nicht mehr als Ergebnis einer intellektuellen Leistung. Noten werden angehoben, um Konflikte zu vermeiden, die Zufriedenheit der Studenten zu sichern oder administrativen Vorgaben zu entsprechen. Die Lehre, einst als anspruchsvolle Bildungsaufgabe verstanden, reduziert sich auf eine standardisierte Vermittlung von Inhalten. Wer an hohen Anforderungen festhält, steht häufig isoliert da oder gerät sogar unter Druck. Der Weg des geringsten Widerstands - minimale Anforderungen, vorhersehbare Prüfungen, Vermeidung von Konfrontation - setzt sich als implizite Norm durch.

In diesem Klima betrachten viele Studenten ihre Universitätszeit als Übergangsphase vor dem Eintritt in das Berufsleben. Intellektuelle Ausdauer, kritisches Denken oder die Fähigkeit, Argumente präzise zu formulieren, werden nur begrenzt entwickelt. Sie sehen sich selten mit starken Gegenargumenten konfrontiert und müssen ihre Positionen kaum verteidigen. Die Folge ist, dass eine wachsende Zahl von Absolventen die Universität verlässt, ohne die grundlegenden Fähigkeiten erworben zu haben, die eine akademische Ausbildung vermitteln sollte: geistige Unabhängigkeit, Klarheit des Denkens und methodische Strenge.

Immer mehr Arbeitgeber stellen den Wert akademischer Abschlüsse infrage. In einigen Bereichen gelten alternative Ausbildungswege oder private Zertifizierungen als verlässlichere Indikatoren für tatsächliche Kompetenzen.

Die Auswirkungen reichen über die Universität hinaus. Immer mehr Arbeitgeber stellen den Wert akademischer Abschlüsse infrage. In einigen Bereichen gelten alternative Ausbildungswege oder private Zertifizierungen als verlässlichere Indikatoren für tatsächliche Kompetenzen. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Universität als Ort der Wissensvermittlung und der Persönlichkeitsbildung nimmt ab. Zugleich entsteht der Eindruck, dass Studenten benachteiligt werden, während die Kosten von der Allgemeinheit getragen werden - ein Eindruck, der zu wachsender Skepsis beiträgt.

Gleichzeitig vertieft sich die Kluft zwischen Forschung und Lehre weiter. Professoren werden in erster Linie anhand ihrer Publikationen bewertet, nicht nach der Qualität ihrer Lehre. Ein erheblicher Teil dieser Forschung erscheint in hoch spezialisierten Zeitschriften mit begrenzter Reichweite und ohne spürbaren Einfluss auf gesellschaftliche Debatten. In manchen Disziplinen wird der wissenschaftliche Austausch zunehmend selbstreferenziell und bleibt für Studenten ebenso wie für die breitere Öffentlichkeit schwer zugänglich. Das Ideal des Hochschullehrers, der relevantes Wissen erzeugt und es verständlich vermittelt, tritt in den Hintergrund.

So entsteht das Bild einer Universität, die erhebliche öffentliche Mittel in Anspruch nimmt, ohne ihre zentrale Aufgabe vollständig zu erfüllen. Sie selektiert kaum noch, bildet nur eingeschränkt aus und inspiriert die nächste Generation immer weniger. Der Eindruck intensiver intellektueller Aktivität bleibt bestehen, doch dahinter verbirgt sich oft eine schleichende Erosion. Es handelt sich nicht um einen plötzlichen Zusammenbruch, sondern um einen langsamen Prozess, ermöglicht durch einen stillschweigenden Konsens zwischen Professoren und Studenten - eine gemeinsame Abkehr von intellektueller Anstrengung, die die Universität zunehmend von einem Ort der Exzellenz zu einem Raum der Bequemlichkeit macht.

Das Ende der Wertfreiheit: die Universität im Dienst eines Narrativs

In seinem berühmten Vortrag *Wissenschaft als Beruf* (1917) formulierte Max Weber die Grundlagen einer akademischen Ethik, die bis heute maßgeblich ist: das Prinzip der Wertfreiheit. Nach Weber besteht die Aufgabe des

Wissenschaftlers nicht darin, moralische oder politische Handlungsanweisungen zu geben, sondern darin, begriffliche Instrumente bereitzustellen, mit denen sich die Welt analysieren und die Konsequenzen möglicher Handlungen klären lassen. Die Wissenschaft kann nicht sagen, was man tun soll; sie kann lediglich dazu beitragen zu verstehen, was geschieht, wenn man in einer bestimmten Weise handelt. Wertfreiheit bedeutet daher nicht Wertlosigkeit, sondern die bewusste Unterscheidung zwischen wissenschaftlicher Analyse und normativer Stellungnahme.



Laut Max Weber (1864-1920), deutscher Soziologe und Nationalökonom, besteht die Aufgabe des Wissenschaftlers nicht darin, moralische oder politische Handlungsanweisungen zu geben.

Diese Anforderung ist jedoch nie dauerhaft eingelöst worden. Bereits in der

Zwischenkriegszeit kritisierte Julien Benda in *La Trahison des clercs* (1927) die Neigung von Intellektuellen, ihre kritische Rolle zugunsten politischer oder ideologischer Engagements aufzugeben. In jüngerer Zeit hat Niall Ferguson ein ähnliches Argument formuliert und auf die zunehmende Vermischung von wissenschaftlicher Forschung und Aktivismus im akademischen Kontext hingewiesen - mit der Folge einer Erosion intellektueller Glaubwürdigkeit (Ferguson 2025). Diese Diagnosen legen nahe, dass auch die Politisierung der Universität keine plötzliche Entwicklung darstellt, sondern eine wiederkehrende Tendenz, deren Ausprägung historisch variiert.

Friedrich Hayek hat diese Dynamik aus institutioneller Perspektive analysiert. In *The Intellectuals and Socialism* (1949) beschreibt er, wie universitäre und, allgemeiner, intellektuelle Milieus dazu neigen, vereinfachte und normativ aufgeladene Deutungsmuster zu bevorzugen, die sich besonders gut zur Verbreitung und Legitimation bestimmter Ideen eignen. Die Universität läuft damit Gefahr, weniger ein Ort kritischer Prüfung zu sein als ein Medium der ideologischen Reproduktion, in dem bestimmte Weltbilder den Status scheinbarer Selbstverständlichkeit erlangen.

Weber war sich der Unmöglichkeit vollständiger Wertfreiheit bewusst. Jede Forschung ist durch Annahmen, begriffliche Rahmen und persönliche Sensibilitäten geprägt, und selbst das Festhalten am Ideal der Neutralität ist letztlich eine normative Entscheidung. Gerade diese Einsicht macht jedoch einen offenen intellektuellen Raum möglich: eine Universität, die als Ort der argumentativen Auseinandersetzung fungiert und nicht als Instanz moralischer Bestätigung.

Es fehlt an Foren, in denen Ideen aufeinandertreffen können

Heute ist dieses Ideal spürbar erodiert. In vielen Disziplinen, insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften, werden Lehrinhalte und Forschungsansätze zunehmend durch bestimmte Themen und Deutungsrahmen strukturiert - etwa soziale Gerechtigkeit, Kolonialismus, Geschlecht oder Klima -, nicht primär als Gegenstände kritischer Analyse, sondern als weitgehend vorausgesetzte normative Bezugspunkte. Das Ziel der Lehre besteht dann weniger darin, zur eigenständigen Reflexion anzuleiten, als darin, bestimmte Überzeugungen zu vermitteln, die als selbstverständlich erscheinen.

Diese Entwicklung zeigt sich auch in der Forschung. Fördermittel werden häufiger Projekten zugewiesen, die sich in bestehende Deutungsmuster einfügen. Zugleich wäre es verkürzt, von einer vollständigen intellektuellen Vereinheitlichung zu sprechen. Die Massifizierung, die Internationalisierung und die starke Ausweitung wissenschaftlicher Publikationen haben auch zur Entstehung vielfältiger, teils heterodoxer Forschungsansätze geführt, die jedoch häufig auf spezialisierte Nischen beschränkt bleiben. Pluralismus ist also vorhanden, aber weitgehend von den zentralen Mechanismen akademischer Anerkennung entkoppelt: Es mangelt weniger an Ideen als an Foren, in denen sie aufeinandertreffen und breite Geltung erlangen können.

Nachwuchswissenschaftler lernen rasch, welche Fragestellungen opportun sind, welche Begriffe Anschlussfähigkeit versprechen und welche Referenzen den Zugang zu renommierten Fachzeitschriften erleichtern. Daraus entsteht ein Klima der Selbstzensur, in dem nicht mehr die kritische Prüfung von Annahmen im Vordergrund steht, sondern die Anpassung an bestehende Rahmenbedingungen.

In diesem Kontext begünstigen Begutachtungsverfahren tendenziell Arbeiten, die bestehende Narrative bestätigen, während abweichende Perspektiven es schwerer haben, sich durchzusetzen. Es handelt sich dabei nicht um offene Zensur, sondern um eine implizite Selektion: Nachwuchswissenschaftler lernen rasch, welche Fragestellungen opportun sind, welche Begriffe Anschlussfähigkeit versprechen und welche Referenzen den Zugang zu renommierten Fachzeitschriften erleichtern. Daraus entsteht ein Klima der Selbstzensur, in dem nicht mehr die kritische Prüfung von Annahmen im Vordergrund steht, sondern die Anpassung an bestehende Rahmenbedingungen.

Diese Entwicklung ist selten das Ergebnis bewusster Strategien. Sie ergibt sich vielmehr aus einer Vielzahl kleiner Entscheidungen, institutioneller Routinen und administrativer Anreize. Ihre Wirkung ist jedoch tiefgreifend: Die Universität entwickelt sich zu einem Raum symbolischer Reproduktion, in dem vor allem gelernt wird, die dominante Sprache zu übernehmen, statt die eigenen Annahmen infrage zu stellen.

Das Ideal der Wertfreiheit - unvollkommen, aber ordnend - verliert damit

zunehmend an Bedeutung. Mit ihm schwindet die kritische Funktion der Universität und macht einer normativen Orientierung Platz. Die Universität hinterfragt nicht mehr - sie bestätigt.

Die Verbeamtung: akademischer Schutz oder ideologische Verfestigung?

Die Verbeamtung von Professoren gilt traditionell als ein zentrales Element akademischer Freiheit. Indem sie eine weitgehende berufliche Sicherheit garantiert, soll sie es Wissenschaftlern ermöglichen, originelle, mitunter auch kontroverse Forschung zu betreiben, ohne institutionellen oder politischen Druck befürchten zu müssen. Im Idealfall schützt sie die intellektuelle Unabhängigkeit und fördert kritische Innovation. Unter den gegenwärtigen Bedingungen scheint dieses Prinzip jedoch zunehmend ins Gegenteil umzuschlagen: Es stabilisiert bestehende Orthodoxien und erschwert intellektuelle Offenheit.

Diese Umkehrung lässt sich teilweise durch die ausgeprägte ideologische Homogenität erklären, die in manchen Fachbereichen zu beobachten ist. Berufungskommissionen, die überwiegend aus bereits etablierten Professoren bestehen, tendieren dazu, Kandidaten auszuwählen, die ähnliche theoretische Ansätze, methodische Präferenzen oder auch weltanschauliche Überzeugungen teilen. Einmal berufen und verbeamtet, sind diese Professoren faktisch kaum noch absetzbar. Auf diese Weise entstehen intellektuell relativ geschlossene Milieus, die gegenüber abweichenden Perspektiven nur begrenzt aufnahmefähig sind. Das System wird in hohem Maße selbstreferenziell.



Einmal berufen und verbeamtet, sind diese Professoren faktisch kaum noch absetzbar.

Verstärkt wird dieser Effekt durch das Fehlen institutioneller Anreize, etablierte Praktiken kritisch zu hinterfragen. Hochschulleitungen sind häufig bestrebt, Konflikte zu vermeiden und die Einhaltung administrativer Vorgaben sowie die Sicherung öffentlicher Mittel zu gewährleisten. In diesem Kontext besteht wenig Bereitschaft, sich gegen fest etablierte Positionen zu stellen. Professoren genießen daher einen großen Handlungsspielraum - auch dann, wenn ihre Lehre oder Forschung eine deutlich einseitige Ausrichtung aufweist. Die Verbeamtung wirkt so weniger als Schutzraum für offene Debatten denn als Absicherung bestehender Deutungsmuster.

Nachwuchswissenschaftler befinden sich demgegenüber in einer deutlich fragileren Situation. Angesichts unsicherer Karriereperspektiven und befristeter Beschäftigungsverhältnisse sehen sie sich häufig gezwungen, sich an die vorherrschenden Erwartungen anzupassen. Theoretische oder methodische Abweichungen werden zum Risiko, während konformes Verhalten die Erfolgsaussichten erhöht. Auf diese Weise entsteht ein System, das intellektuelle Dissidenz eher entmutigt als fördert und Anpassung belohnt.

Es wäre verfehlt, daraus zu schließen, dass alle verbeamteten Professoren auf diese Weise handeln oder dass alle Disziplinen gleichermaßen betroffen sind. Gleichwohl sind die zugrunde liegenden Mechanismen deutlich erkennbar. Die Verbeamtung, ursprünglich als Schutz der intellektuellen Freiheit konzipiert, trägt unter bestimmten Bedingungen dazu bei, bestehende Strukturen zu verfestigen. Je stärker diese Strukturen durch implizite ideologische Annahmen geprägt sind, desto schwieriger wird es, sie von innen heraus infrage zu stellen. Betroffen ist damit nicht nur die Vielfalt der Perspektiven, sondern die kritische Funktion der Universität insgesamt.

Schlussfolgerung

Die gegenwärtige Krise der Universität lässt sich weder auf mangelnde Ressourcen noch auf Fragen der Governance oder kurzfristige politische Entwicklungen reduzieren. Sie ist vielmehr das Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels struktureller Veränderungen, institutioneller Anreize und normativer Verschiebungen, die die Funktion der Universität schrittweise verändert haben. Massifizierung ohne entsprechende Anforderungen, wechselseitige Nachsicht, die Erosion der Wertfreiheit sowie eine ideologische Verfestigung akademischer Karrieren bilden unterschiedliche Facetten desselben Prozesses.

Auf dem Spiel steht nicht nur die Leistungsfähigkeit des Hochschulsystems, sondern seine Fähigkeit, seiner grundlegenden intellektuellen Aufgabe gerecht zu werden: Menschen auszubilden, die in der Lage sind, eigenständig zu denken, zu argumentieren und vorgegebene Gewissheiten zu hinterfragen. Eine Universität, die diesen Anspruch aufgibt, behält zwar ihre Strukturen, Titel und Verfahren, verliert jedoch ihren eigentlichen Sinn. Die Universität heute zu hinterfragen bedeutet daher nicht, einem idealisierten vergangenen Zustand nachzutrauern, sondern die institutionellen und intellektuellen Voraussetzungen in Erinnerung zu rufen, ohne die sie kein lebendiger Ort des Wissens mehr sein kann.

Unabhängige Forschungsinstitute, Stiftungen, Think Tanks oder informelle intellektuelle Netzwerke übernehmen zunehmend Aufgaben, die innerhalb der Universität nur noch eingeschränkt wahrgenommen werden: die Erprobung nicht konformer Ideen, die offene Auseinandersetzung von Argumenten oder die Verbindung von Forschung und öffentlicher Debatte.

Je weniger die Universität diese kritische Funktion erfüllt, desto stärker treten andere Orte der Wissensproduktion und -vermittlung neben sie. Unabhängige Forschungsinstitute, Stiftungen, Think Tanks oder informelle intellektuelle Netzwerke übernehmen zunehmend Aufgaben, die innerhalb der Universität nur noch eingeschränkt wahrgenommen werden: die Erprobung nicht konformer Ideen, die offene Auseinandersetzung von Argumenten oder die Verbindung von Forschung und öffentlicher Debatte. Diese Entwicklung verweist auf eine Verschiebung der Orte, an denen sich lebendiges Wissen bildet und unterschiedliche Perspektiven aufeinandertreffen - und zeigt zugleich, dass die Produktion von Erkenntnis längst über den institutionellen Rahmen der Universität hinausgeht.

Bibliographie

Benda, Julien (1927), La Trahison des clercs, Paris : Grasset.

Ferguson, Niall (2025), "The Treason of the Intellectuals," in Lawrence M. Krauss (Hrsg.), The War on Science, London: Swift Press, S. 127-138.

Hayek, Friedrich A. (1949), "The Intellectuals and Socialism," University of Chicago Law Review, Vol. 16, Nr. 3, S. 417-433.

Krauss, Lawrence M. (Hrsg.) (2025), The War on Science, Londres : Swift Press.

Sokal, Alan (1996), "Transgressing the Boundaries: Toward a Transformative Hermeneutics of Quantum Gravity." Social Text, Nr. 46/47 (printemps/été), S. 217-252.

Weber, Max (1917), „Wissenschaft als Beruf“, in Gesammelte politische Schriften, Tübingen: Mohr (Paul Siebeck).